

Antrag A6

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§3 Absatz 1 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert:

(1) Der jeweilige Landes- oder Bundesparteitag wählt drei Parteimitglieder, die nicht Mitglied der jeweiligen Gliederung sein müssen, zu Richtern und zwei zu Ersatzrichtern. Die drei Richter wählen aus ihren Reihen einen Vorsitzenden Richter, der das Schiedsgericht leitet und die Geschäfte führt.

Unbekannter Autor 28.10.2017 20:05

Gelöscht: P

Unbekannter Autor 28.10.2017 20:04

Gelöscht: M

§5 Absatz 5 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert:

(5) Bei Handlungsunfähigkeit oder Nicht-Bestehen des zuständigen Gerichts verweist das nächsthöhere Gericht den Fall an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges, Schiedsgericht oder kann den Fall selbst behandeln.

Begründung:

In der Praxis haben sich zwei Probleme in der aktuellen Fassung der Schiedsgerichtsordnung ergeben. Dieser Antrag versucht diese wie folgt zu beheben:

1. Aufgrund eines Übertragungsfehlers aus der Vorlage ist die Wahl der Richter/innen auf Mitglieder der jeweiligen Gliederung eingeschränkt, anstatt auf den Kreis aller Parteimitglieder zurückgreifen zu können. Dies schränkt gerade kleinere LVs ein, die dann gar nicht in der Lage sind, ein Schiedsgericht zu gründen. Der erste Teil des Antrags behebt dieses Problem, indem er die Bezeichnung passend ändert und damit bundesweit alle Mitglieder für Wahlen zur Verfügung stehen.

2. So wie die Ordnung aktuell formuliert ist, geht diese davon aus, dass es zumindest mindestens ein Landesschiedsgericht gibt, und weist diesem bestimmte Aufgaben fest zu. In dem vorliegenden Fall war damit das Bundesschiedsgericht, in eigener Auffassung, nicht berechtigt den Fall zu behandeln und verwies diesen, aber das dafür notwendige Gericht bestand nicht. In seiner aktuellen Formulierung darf das Bundesschiedsgericht den Fall dann aber nicht übernehmen. Mit der hier vorgeschlagenen Änderung wird zum einen das Nicht-Bestehen explizit als Grund anerkannt und zum anderen dem Bundesschiedsgericht die Möglichkeit eingeräumt, sollte dies das Problem sein, den Fall nicht nur zu überweisen, sondern auch direkt selbst zu übernehmen.